



Die Prozesse gegen ZNN

Okt. 2023 ZUKUNFT NEUES NEUMARKT



Faktencheck
Prozess
Gemeinde - ZNN
Seiten 6 - 7

Unser Furtnersee,
eine trügerische
Idylle
Seite 5

Kein Camping-
platz in
Neumarkt
Seite 11

Politische Kultur
in
Neumarkt
Seite 8

Sehr geehrte Neumarkterinnen und Neumarkter!



Seit wir unmittelbar vor der letzten Gemeinderatswahl ZNN aus der Taufe gehoben haben, erlebe ich ein Wechselbad der Gefühle.

Als aus rein politischen Äußerungen zu Sachthemen wie dem Abriss des wertvollen ehemaligen Pflegewohnhauses oder zu einer Gesamtschau zum ehemaligen Gemeindeamt plötzlich, von den politischen Mitwerbern im Gemeinderat beschlossen, eine Klagswelle über uns hereinbrach, war ich völlig fassungs- und sprachlos!

Meine Meinung nach dieser Zeit ist klar: Da versuchen uns einige politische Akteure einfach über Klagen politisch, finanziell und menschlich zu zerstören. Sie haben ja kein persönliches Risiko mit den Klagen. Sogar die Privatanklage des Bürgermeisters gegen mich wird finanziell über die Gemeinde getragen!

Dazu passend, zu diesem Stil, ist auch die Ablehnung des Gemeindevorstandes, dass Josef Reibling und ich die bestehende Gemeinderechtschutzversicherung für Mandatare beanspruchen dürfen. Diese Versicherung ist daher offenbar nur für auserwählte Personen da.

Tatsache ist, ZNN hat den Prozess am Oberlandesgericht Graz letztlich deshalb gewonnen, da einerseits der Tatsachenkern von ZNN-Aussagen bewiesen werden konnte, andererseits ist es der Klägerin (Gemeinde) der Nachweis nicht gelungen, dass der Inhalt unserer Artikel im Gesamtzusammenhang rechtswidrig ist (genauer Wortlaut siehe Urteil).

Ich gestehe auch ganz offen, ich war oftmals am Rande der Aufgabe. Diese Belastung wurde nach einem Drohschreiben unerträglich. Das war für mich der Grund, warum ich nur noch Frieden haben wollte. Daher haben wir über unseren Rechtsanwalt der Klägerin nach Erhalt des Drohbriefes einen Vergleich anbieten lassen, welcher neuerlich abgelehnt wurde. Über die Leichtigkeit, wie die politischen Mitbewerber aller Parteien gegen andere Menschen wie die gesamte ZNN im Gemeinderat vorgehen, bin ich zutiefst enttäuscht. Als Betroffene empfinde ich dies als nahezu unmenschlich, niemals würde ich mich für so etwas hergeben!

Ich werde jedoch weiterkämpfen, für eine konstruktive Sachpolitik im Sinne der Bevölkerung und weiterhin über unsere Arbeit und über Vorgänge in der Gemeinde informieren.

Eine höfliche Umgangsform ist mir wichtig, das war in der Vergangenheit so und wird auch hinkünftig so sein. Es geht mir um Sachkritik und niemals um Beleidigungen!

Für die Zukunft bräuchte Neumarkt eine bessere Politik, weniger Machtgehaberei, weniger Parteipolitik, sondern eine unabhängige und sachorientierte, tatsächliche Gemeindegemeinschaft im Interesse der gesamten Bevölkerung!

Ihre

Sehr geehrte Neumarkterinnen und Neumarkter!

Wie sie bereits aus den Medien entnehmen konnten, wurde das Ersturteil der Klage Gemeinde gegen ZNN, Nina und mich des Landesgerichtes Leoben vom Oberlandesgericht Graz aufgehoben. Die Gemeinde wurde zur Kostenübernahme verurteilt.



Für mich absolut unverständlich ist, dass damals sogar die Oppositionsparteien dem Gemeinderatsbeschluss zustimmten, gegen ZNN, Nina und mich juristisch vorzugehen.

Obwohl die Gemeindefusion zurückgewiesen wurde, läuft noch immer eine Privatklage von Bürgermeister Maier beim Landesgericht (Strafgericht) Leoben mit den gleichen Vorwürfen gegen Nina und mich. Wir sollen demnach lt. § 111 StGB Abs 1 und 2 strafrechtlich verurteilt und somit vorbestraft werden. Im Übrigen auch mit dem selben Mandat, dass vom Gemeinderat, mehr oder weniger als juristischer Freibrief erteilt wurde. Also mit dem Kostenrisiko auf dem Rücken der Bürger von Neumarkt. Aus dieser Vorgehensweise kann ich nur einen Schluss ziehen, Nina und ich sollen privat, finanziell und in unserer Existenz vollkommen zerstört werden.

Ganz aktuell ist jetzt aber, dass Maier mit seinen Rechtsanwälten dieses Urteil vom Oberlandesgericht Graz nicht akzeptieren wollen und bei Gericht weitere Anträge zur Fortführung der Klage gestellt haben. Hier entstehen Kosten für Themen reiner Sachpolitik die eigentlich im Gemeinderat abgehandelt gehören!

In der Gemeinderatssitzung vom 24.05.2023 wollte sich Bürgermeister Maier auch noch die Zustimmung für die juristische Verfolgung von Herrn Bernhard Walzer, einem erfolgreichen Unternehmer in Neumarkt, holen. Diesen Tagesordnungspunkt hat Maier dann schnell von der Agenda genommen (Hr. Walzer war anwesend) da das Urteil vom Oberlandesgericht Graz gerade bekannt wurde. Man kann nur hoffen, dass dieses „in Grund und Boden klagten“ von unliebsamen Gegnern und unbequemen Bürgern irgendwann ein Ende findet. So ein Vorgehen hätte es noch vor einigen Jahren mit Sicherheit nicht gegeben. Vor der Gemeindefusion hätten sich Bürgermeister nicht so verhalten, da sie auch im Gemeinderat ein sehr tolerantes Klima pflegten.

Die vergangenen Monate waren für mich sehr belastend und ohne die Unterstützung durch Kollegen, Freunde und Gleichgesinnte, hätte ich wahrscheinlich das Handtuch geworfen. Für mich bleibt letztlich immer ein finanzieller Schaden übrig, denn auch bei einem gewonnenen Prozess werden nicht alle Kosten ersetzt. Ganz zu schweigen von der psychischen Belastung, die auch bei mir ihre Spuren hinterlassen hat.

Das Urteil des Oberlandesgerichtes Graz ist in jedem Fall der Beweis dafür, dass unsere politischen Meinungsäußerungen rechtlich zulässig waren. Ich stelle ausdrücklich klar, dass wir (ZNN, Fr. Feichter und ich) dem Bürgermeister niemals Amtsmissbrauch vorgeworfen haben!

Ich bin weiterhin motiviert im Sinne der Bevölkerung meine Arbeit als Gemeinderat gewissenhaft zu erfüllen und bedanke mich bei vielen Neumarkterinnen und Neumarktern für die positiven Reaktionen gegenüber der Bürgerliste ZNN.

Es gibt in Neumarkt unzählige „Baustellen“, von den wir weiterhin berichten werden.

Ihr Josef Reibling

Aufruf an die Bevölkerung von Neumarkt!

Um behördliche Ermittlungen nicht zu stören, haben wir diese Sache erst später veröffentlicht.

Am 11. März 2023 fand unsere ZNN-Fraktionsvorsitzende und Gemeinderätin Nina Feichter ein Drohschreiben (siehe unten) in der Garage ihres Wohnhauses vor. Dieses Schreiben wurde von einer bisher noch unbekanntenen Person dort hinterlegt.

Sollten Sie sachdienliche Hinweise zur Aufklärung geben können, bitten wir Sie, sich entweder direkt an ZNN oder an die örtliche Polizei zu wenden.

Dasselbe gilt auch für verschiedenste Facebook-Fake-Profile, welche seit Jahren gegen ZNN eingesetzt werden. Für Hinweise dazu sind wir auch sehr dankbar.



ABER SICHER NICHT MIT DIR DU DRECKSTÜCK!!!

VERSCHWINDE MITSAMT DEINER BRUT AUS DIESEM BEZIRK!!!!

SOLANGE DU NOCH UNVERLETZT BIST!!!!!!!

**NOCH IST DIR NICHTS
PASSIERT!!!**

ODER DEINEM KIND!!!

Leider wurde der Betroffenen bis heute keine Information über positive Ermittlungsergebnisse übermittelt. Daher können Hinweise aus der Bevölkerung in diesem Fall sehr wertvoll sein.

Ein Naturjuwel und trügerische Idylle



Der Furtnersee ist ein Naherholungsgebiet und ein attraktiver Platz in unserer Gemeinde. Er hat eine wichtige touristische Bedeutung, sowie er auch als national bekanntes Naturschutzgebiet eine wichtige Rolle spielt. Es ist kaum zu glauben, dass uns diese Idylle in absehbarer Zeit sehr viel Geld kosten wird und das ohne wirkliche Aufwertung.

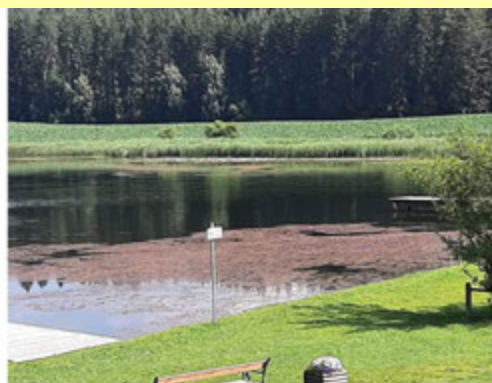
Der Dammbereich des Teiches muss dringend saniert werden. Die Sanierung wird aufwendig und sehr teuer. In einer der letzten Gemeinderatssitzungen hat BGM Maier festgestellt, dass

der Teich uns gehört und wir entsprechend für die Sanierung bezahlen müssen. Damit ist ein Teil des Konzepts der Gemeindefusionen von Schwarz und Rot "voll aufgegangen". Weil Neumarkt jetzt viel größer ist, als es die Gemeinden vorher einzeln waren, müssen wir einen weitaus größeren Anteil an derartigen Ausgaben selbst aufbringen. Wäre Mariahof noch eine eigenständige Gemeinde, sähe die Sache wohl anders aus.



In der letzten Gemeindezeitung wird dahingehend von "...enteignungsähnlichen Entwicklungen zum Nachteil von touristischen und fischereilichen Nutzungen von der Marktgemeinde Neumarkt als Eigentümerin des Furtner

Teiches..." und "...Einschränkungen der touristischen und fischereilichen Nutzungsmöglichkeiten, hervorgerufen durch das einseitige naturschutzrechtliche Schutzverständnis..." geschrieben. War die Gemeindeführung in dieser Sache nicht in der Lage, durch Dialog eine Lösung herbeizuführen? Uns werden also möglicherweise sehr hohe Kosten aufgebürdet und andere, notwendige Projekte müssen deshalb lange warten.



Prozess Gemeinde gegen ZNN geht weiter!

Es hat lange gedauert, bis sich die Klagsführer zu einer öffentlichen Äußerung durchringen konnten, die übrigens auch von uns Bürgern bezahlt wird.

Obwohl das Oberlandesgericht Graz die Klage gegen ZNN zurückgewiesen und ausdrücklich einen weiteren Rekurs ausgeschlossen hat, wendet sich die Gemeinde **mit einem außerordentlichen Rekurs jetzt an den Obersten Gerichtshof**. Damit wurde eine weitere Kostenlawine ausgelöst. Offenbar kann man sich nicht mit der Gerichtsentscheidung abfinden und versucht mit allen Mitteln den Zerstörungskurs fortzuführen. Soviel zur Gesprächs- und Konfliktkultur in der Neumarkter Gemeindepolitik. Die Oppositionsparteien Blau und Grün schauen billigend zu.

Alle Klagspunkte beziehen sich aus unserer Sicht auf persönliche Befindlichkeiten des Bürgermeisters. Er selbst wollte das Kostenrisiko nicht eingehen und es wurde der Gemeinderat dafür verwendet, dieses der Bevölkerung umzuhängen. Welchen Nutzen so eine Klage für Neumarkt oder die Politik haben soll, konnten wir nicht herausfinden. Der Bürgermeister spielt Moralapostel und die Bevölkerung muss dafür bezahlen. So werden Sie und Ihre Interessen vom Gemeinderat vertreten, werte Neumarkterinnen und Neumarkter!



Originalunterschriften der Fraktionsführer aus der amtlichen Mitteilung

Bgm. Josef Maier
(Fraktionsvorsitzender ÖVP)

2. Vzbgm. Ing. Gerhard Hörmann, MSc. BEd
(Fraktionsvorsitzender SPÖ)

GV Klaus Dieter Stadtschreiber
(Fraktionsvorsitzender FPÖ)

GR Elisabeth Edlinger-Pammer
(Fraktionsvorsitzende GRÜNE)

Auszüge aus dem Urteil des OLG:

3.2.3.1. Ein **Bedeutungsinhalt** dahingehend, **dass der Bürgermeister** der Beklagten iSd des Klagebegehrens für die Museumserrichtung am Hauptplatz im ehemaligen Gemeindeamt ca. **EUR 500.000,00 ausgeben habe lassen, lässt sich** den Veröffentlichungen der Beklagten bei der vorzunehmenden Gesamtschau (RIS-Justiz RS0115948 [T2]) **nicht herleiten.**

...dass die Kosten für das Museumsprojekt insgesamt EUR 500.000,00 ausgemacht hätten, nicht aber, dass diese zur Gänze der Bürgermeister bzw die Klägerin ausgeben hätten lassen. **Damit ist der Klägerin der Beweis, dass die Beklagten die inkriminierte Äußerung im klagsgegenständlichen Verständnis getätigt hätten, nicht gelungen.**

Ausschnitte aus dem zweitinstanzlichen Urteil des Oberlandesgerichts Graz

3.2.3.3. Zur inkriminierten Behauptung, der Bürgermeister der Klägerin habe einen Monatsverdienst und Doppelbezug von ca. EUR 8.000,00, geht das **Erstgericht** von einem jährlichen Bezug von EUR 94.938,00 für 2019 und EUR 96.000,00 für 2020 aus (Seite 31 der angefochtenen Entscheidung). **Wenn es in der Folge aufgrund des Umstands, dass „diese Beträge auch das 13. und 14. Monatsgehalt beinhalten“, einen monatlichen Verdienst von EUR 8.000,00 verneint, ist diese Argumentation iSd der zitierten Rechtsprechung** (RIS-Justiz RS0031665) schon deshalb **nicht haltbar, weil das Jahr nur zwölf Monate hat** und ein monatliches Durchschnittseinkommen landläufig mit dem Quotienten aus dem **Jahreseinkommen geteilt durch zwölf gleichgesetzt wird.**

RS0127027). **Den Beklagten ist damit der Wahrheitsbeweis** für den wesentlichen Kern der Aussage, nämlich **dass der Bürgermeister ein monatliches Einkommen von EUR 8.000,00 bezieht, gelungen.**

Ausschnitte aus dem zweitinstanzlichen Urteil des Oberlandesgerichts Graz

Die nächste Kostenlawine wurde losgetreten!

In der Klage wurden sogar Aussagen angeführt, die wir nie gemacht haben. Wir hätten uns im Leben nicht vorstellen können, dass man jemanden wegen nicht getätigter Aussagen klagen kann und damit vor Gericht (zumindest in erster Instanz) Erfolg hat. In der ersten Instanz des Prozesses gegen ZNN war das tatsächlich der Fall. Sehr geehrte Leser, können Sie sich vorstellen, für eine Aussage vor Gericht gestellt und verurteilt zu werden, die sie nie getätigt haben? Wir konnten es nicht fassen und schon deshalb war es unumgänglich gegen das Urteil der Erstgerichts zu berufen. Mit dem OLG-Urteil wurden wir bestätigt, aber es geht ja weiter.

Egal wie es letztlich ausgeht, es bleibt ein bitterer Beigeschmack. Obwohl bei jeder Entscheidung ein Kostenersatz für die Gewinner zugesprochen wird, bleibt ein hoher finanzieller Schaden für alle Prozessbeteiligten. Der politische Schaden ist aber noch viel höher. Dieses Verfahren zeigt, dass unliebsame politische Gegner, offensichtlich auf Kosten der Allgemeinheit jederzeit verklagt werden können.

Faktencheck - Chronologie juristische Verfolgung ZNN - Faktencheck

Die juristische Verfolgung der parteiunabhängigen Bürgerliste ZNN durch die Gemeinde Neumarkt mit Bürgermeister Maier an der Spitze!

13. Oktober 2021	Beschluss des Gemeindevorstandes bezüglich rechtlicher Überprüfung aller ZNN Aussendungen
24. November 2021	Gemeinderatssitzung (ZNN - Fr. Feichter/Hr. Reibling waren entschuldigt abwesend) Antrag von Bürgermeister Maier GRS 24.11.2021 Antrag Bgm. Maier: Der Gemeinderat möge beschließen, dass die Äußerungen der ZNN in deren Aussendungen/Flugblättern/Homepage/Facebook/sonstige Publikationen basierend auf der erfolgten rechtlichen Prüfung zivilrechtlich und gegebenenfalls auch strafrechtlich verfolgt und durch die Gemeinde und/oder den Bürgermeister anwaltlich beauftragt werden kann, und hierfür die Piaty Müller-Mezin Schoeller Rechtsanwälte GmbH & Co KG (FN 445334d) bevollmächtigt wird. Davon umfasst ist insbesondere die Einbringung einer Unterlassungsklage samt Widerruf und einstweiliger Verfügung sowie gegebenenfalls die Privatanklage wegen übler Nachrede und/oder die Sachverhaltsdarstellung wegen Kredit-schädigung sowie das Einbringen der dafür erforderlichen Schriftsätze und Verrichten der Verhandlungen.
März 2022	Klage von Gemeinde Neumarkt/Maier beim Landesgericht Leoben gegen ZNN
13. Juli 2022	1. Verhandlung Gemeinde Neumarkt/Maier gegen ZNN/Nina Feichter/Josef Reibling im Landegericht Leoben
7. September 2022	2. Verhandlung Gemeinde Neumarkt/Maier gegen ZNN/Nina Feichter/Josef Reibling im Landegericht Leoben
9. Jänner 2023	Urteil von Landesgericht Leoben - ZNN in allen Klagspunkten für schuldig befunden
11. Jänner 2023	Exekutionsantrag durch Gemeinde Neumarkt/Maier gegen ZNN/Nina Feichter/Josef Reibling beim Bezirksgericht Murau
6. Feber 2023	Beeinspruchung von ZNN gegen das Urteil vom Landesgericht Leoben
Feber 2023	Privatanklage von Maier gegen ZNN/Nina Feichter/Josef Reibling im Landegericht Leoben
27. März 2023	ZNN bietet der Marktgemeinde Neumarkt/Maier ein Vergleichsangebot an um den Rechtsstreit zu beenden
27. April 2023	Marktgemeinde Neumarkt/Maier lehnt das Vergleichsangebot von ZNN ab
23. Mai 2023	Urteil vom Oberlandesgericht Graz - Das Urteil vom Landesgericht Leoben wurde aufgehoben und ZNN in allen Klagspunkten für NICHT schuldig befunden. Ein ordentlicher Rekurs durch Gemeinde ist nicht mehr möglich! Diese Urteil ist rechtsgültig!
21. Juli 2023	Rekursantrag für außerordentlichen Rekurs durch Marktgemeinde Neumarkt/Maier beim Landesgericht Leoben

Über die politische Kultur im Gemeinderat und „alternative Fakten“

Juristisches Drüberfahren – Beschluss und gleichzeitige Klagsdrohung in Grundgrenzenstreit



Dass man von Seiten der Gemeinde sehr klagsfreudig ist, mussten wir am eigenen Leib spüren. Wir sind aber nicht allein. In der Sitzung vom 25. Mai wurde eine Grenzstreitigkeit zwischen der Gemeinde und einem Landwirt in Neumarkt behandelt. Es kam sogar zu lautstarken Wortwechsel zwischen dem Betroffenen und dem Bürgermeister. Eigentlich sollte nur der exakte Grenzverlauf geklärt werden. Im mehrheitlich gefassten Beschluss

wurde aber gleich ein mögliches juristisches Vorgehen gegen den Gemeindegänger mitbeschlossen. Wir waren dagegen, weil wir der Meinung sind, dass man zuerst Tatsachen feststellen und dann noch einmal gütlich miteinander reden soll. *"Auch zukünftig wird gegenseitiger Respekt und Wertschätzung, Verantwortung und Ehrlichkeit unser tägliches Arbeiten bestimmen"*, heißt es in der amtlichen Mitteilung zum endgültigen Urteil. Leere Versprechungen helfen aber nichts, man muss das auch leben. Wir fragen uns, ob es überhaupt noch eine Gesprächs- und Diskussionskultur in dieser Gemeinde gibt?

Gemeinderatssitzungen werden aufgenommen und jedes Wort kann nachgehört werden. Im Streitfall werden Protokolle als Beweismittel herangezogen und haben großes Gewicht. Bereits mehrmals wurden Abänderungsanträge von ZNN mit dem Originalwortlaut von getätigten Aussagen vom Gemeinderat abgelehnt! Einfach so, ohne sich selbst von der Richtigkeit zu überzeugen.

Nicht ohne Grund meint der Bürgermeister, Aufnahmen von Gemeinderatssitzungen verbieten zu können. Was ist das für ein Verhalten? Was für ein Bild wird da von Politikern erzeugt?

Protokollführung als Machtinstrument

Gemeinderat Reibling brachte eine Protokollrüge ein, weil Antworten des Bürgermeisters auf seine Fragen völlig falsch protokolliert waren. Zwar konnten sich die anwesenden Gemeinderäte nicht mehr an den Wortlaut der Antwort erinnern, haben der unrichtigen Protokollierung aber zugestimmt, obwohl das Gegenteil nachweisbar war. Man kann also einen Wortlaut als Ergebnis beschließen, der berechtigterweise beeinträchtigt wurde und so ein Protokoll ggf. in einer Gerichtsverhandlung als gültigen Beweis verwenden! Was haben eigentlich Oppositionsmandatare davon, wenn sie da, offenbar uninteressiert, mitstimmen? Der ehemalige amerikanische Präsident Trump, der es mit den Tatsachen nicht so genau nahm, nannte Unrichtigkeiten oder Erfindungen „alternative Fakten“. Vielleicht hat sich die Trump'sche Wahrheitsfindung bei einigen Mandataren und Funktionären im Neumarkter Gemeinderat als nachahmenswert herausgestellt.



Haus Katharina und seine Geschichte



- ▶ Errichtung erster Bauteil 1986
- ▶ Zubau und Erweiterung 1992
- ▶ Neubau Küche 2007
- ▶ Übernahme durch Caritas 2006
- ▶ Das noch als Pflegeheim genutzte Haus wurde um 2016 von Bürgermeister Maier der Jufa (Gästehäuser) angeboten (laut seiner eigenen Aussage am Landesgericht Leoben)
- ▶ Vergabe Baurechtsvertrag 2017. Laut Vertrag sollte eine Sanierung und Adaptierung des Gebäudes zu Arztpraxen, Büros für Sozialdienstleister und für barrierefreies Wohnen stattfinden.
- ▶ Abbruchbeschluss 2020, weil laut Feststellung der Ennstaler eine Sanierung teurer als ein Abriss des bestehenden Gebäudes und die Errichtung eines Neubaus sei.
- ▶ Endgültiger Abriss 2022



Das ist von einem Gebäude übriggeblieben, welches zum Zeitpunkt des Abrisses 36 Jahre, bzw. im neuen Bauteil erst 30 Jahre alt war. Angeblich war die vorhandene Substanz nicht dazu geeignet, Büros, Arztpraxen und barrierefreie Wohnungen zu errichten. In der Privatwirtschaft ist so ein Vorgehen kaum vorstellbar, für die Neumarkter Politik ist es aber eine gelungene Idee. Bitte bilden Sie sich selbst Ihre Meinung.

Natechnikum ist wieder öffentlich zugänglich

Das ehemalige „Vivarium“ ist nach einer öffentlichen Millionenpleite seit 23. August 2023 wieder für die Öffentlichkeit zugänglich. Das „Natechnikum“ mit Museum, der Schauproduktion "Pater Severin" und Cafe wird hinkünftig als Ausflugsziel neue Besucher nach Neumarkt bringen.

Dem vorangegangen ist ein jahrlanger „Behördenkampf“ mit der BH Murau und der Gemeinde Neumarkt. Die Gemeinde hat als Raumordnungsbehörde 2021 ein negatives Gutachten vorgelegt, indem der geplanten Schauproduktion eine touristische Nutzung nicht zuerkannt wurde. Dazu der Gemeindegemeinschaft am 14.07.2021: **"Der Betreiber kann sich einen neuen Standort suchen..."** Von der Gemeindeführung zeigte niemand ein Interesse an einer Lösung. Das Projekt war dadurch kurzfristig schon eingestellt!

Nur über das Einschreiten eines Rechtsanwaltes, der die Rückwidmung von



Teilflächen in Freiland, in Zusammenarbeit mit der Landesaufsicht ins Spiel brachte, konnte das Projekt auf dem Areal umgesetzt werden. Dem hat sich letztlich die Gemeinde gebeugt, auch wenn dahingehen von Seiten der Gemeindeführung keine Begeisterung spürbar war.

Man hat in weiterer Folge nicht nur die beantragte Teilfläche, sondern das gesamte Areal in Freiland zurückgewidmet. Es darf also nirgends mehr etwas neu gebaut werden, was auch den geplanten Campingplatz betrifft.

Nach nahezu 4 Jahren ununterbrochenem Kampf um die Genehmigung der Schauproduktion und nach einer Millioneninvestition durch private Unternehmen, ist in Stadlob diese wunderschöne neue Anlage entstanden.

Menschen mit Visionen haben dort mit höchstem Einsatz gegen alle Erschwernisse und Nichtunterstützungen durch Behörden sehr viel geleistet.



KEIN CAMPINGPLATZ IN NEUMARKT!



Der Trend zum Campen nimmt seit Jahren stark zu und hat maßgeblich dazu beigetragen, dass in Österreich 2022 fast 8 Millionen Nächtigungen gezählt werden konnten. Von Campinggästen wird sehr viel Geld ausgegeben, allein die Fahrzeuge kosten manchmal nahezu so viel wie ein kleines Einfamilienhaus!

Für das südliche Gelände am ehemaligen Vivariumsgrundstück gibt es seit längerer Zeit Planungen zur Errichtung einer Campinganlage in Neumarkt. Die Gemeinde wurde darüber auch informiert.

Bei der Neuausrichtung des ehemaligen „Vivarium“ gab es für die Projektwerberin teils nahezu unüberwindbare Hürden und Probleme mit der BH Murau,

sowie der Gemeinde Neumarkt. Für einen Campingplatz braucht man eine entsprechende Festlegung im Flächenwidmungsplan und im Örtlichen Entwicklungskonzept. Für die Raumordnung ist die Gemeinde zuständig. Widmungen und damit im Zusammenhang weitere Nutzungsmöglichkeiten von Grundstücken, unterliegen der politischen Willensbildung der Gemeinde. Das Land hat nur die Aufsicht.

Das Desinteresse am Projekt, so wie überhaupt das Gesamtverhalten der Behörden bezüglich der touristischen Umgestaltung und Neuausrichtung des ehemaligen Vivarium-Areals führten zum endgültigen **AUS!** Damit wurde eine unwieder-

bringliche Chance einer touristischen Aufwertung unserer Gemeinde vertan.

Zudem wird vom Projektbetreiber auch die greifbar negative politische Kultur der Gemeinde in Hinblick auf dauernde Rechtsstreitigkeiten und Prozessführungen scharf kritisiert. Unter anderen politischen Umständen wäre Camping Neumarkt zur Abrundung der Gesamtanlage laut Betreiber mit Sicherheit ausgeführt worden. Zumal es sich dabei im Verhältnis zum Natechnikum (ehemals Vivarium) nur um eine kleine Investition gehandelt hätte.

Dem Vernehmen nach soll jetzt in St. Lambrecht ein Campingplatz errichtet werden.



Auf diesem Gelände des ehemaligen "Vivarium" hätte der Campingplatz errichtet werden sollen.

Interview mit einem Pflegeexperten

Franz Karner ist diplomierter Gesundheits- und Krankenpfleger mit Sonderausbildung in Intensivpflege. Er arbeitet als leitender Pfleger der Intensivstation im LKH Judenburg und ist nebenberuflich als Gerichtssachverständiger für Pflege tätig. Er ist verheiratet, hat drei fast erwachsene Kinder und wohnt in eine beschaulichen Eigenheim in Neumarkt.

Nina Feichter, selbst diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegerin, spricht mit ihrem Fraktionskollegen Franz Karner.

Franz, du bist schon lange als Krankenpfleger tätig und hast viele Erfahrungen gemacht, wie beurteilst du die aktuelle Situation in der Pflege?

Momentan als für alle Beteiligten schwierig. Das Pflegesystem wurde leider sehenden Auges heruntergewirtschaftet. Die Leidtragenden sind ganz besonders die Pflegebedürftigen. Pflegebetten stehen leer, teils ist die Betreuung durch mobile Pflege nicht mehr durchgehend gewährleistet und auch die 24-Stunden-Betreuung wird immer teurer und ist nicht immer möglich, bzw. fehlen auch hier die Menschen, die die Betreuung übernehmen wollen. Weil auch in den Krankenhäusern Pflegepersonal mittlerweile Mangelware ist, müssen Behandlungen verschoben werden oder pflegeabhängige Menschen vorzeitig aus den Akutspitälern entlassen werden, weil dringendere Fälle ein Bett brauchen. Es gibt noch viel mehr negative Auswirkungen, alle aufzuzählen würde jedenfalls den Rahmen sprengen. Die Auswirkungen sind vielfältig, werden aber meist nur von jenen wirklich bemerkt, die etwas vom Gesundheitssystem brauchen.

Die Tatsache, dass es immer weniger gut ausgebildete Pflegekräfte

gibt, ist hinlänglich bekannt, aber woran liegt es, dass man nicht mehr genug motivierte Menschen für diesen Beruf begeistern kann?

Hauptsächlich an den schlechten Rahmenbedingungen und am entsprechend schlechten Image des Pflegeberufs. Durch die Pandemie ist das gewaltige Ausmaß der Mängel erst sichtbar geworden. Um das Gesundheitssystem überhaupt noch finanzierbar zu halten, hat man die Ausbildungen verkürzt und setzt auf Assistenzkräfte. Diese Berufsfelder sind aber nicht attraktiv für junge Menschen, da man kaum mehr weiterkommen kann. Außerdem wünschen sich junge Menschen Arbeitsbedingungen, mit denen sie ihr Privatleben und das Arbeitsleben vereinbaren können. Das erfordert allerdings tiefgreifende Veränderungen, die man nicht vorgesehen hat. Zum Beispiel müsste der Pflegeschlüssel erhöht werden, damit eine Pflegekraft nicht für zu viele Pflegebedürftige zuständig ist. Die gesetzlich zustehende Erholungszeit kann teils auch nicht in Anspruch genommen werden, das müsste ein Rechtsanspruch werden sowie an die Arbeitszeiten angepasste, leistbare Kinderbetreuungsplätze. Auch die Anerkennung als Schwerarbeit ist längst überfällig. Zusammengefasst müsste man die Belastungen im Beruf drastisch verringern, die Bezahlung fair und transparent gestalten und Modelle für eine Vereinbarkeit von Privatleben (z.B. Familie) und Arbeit schaffen.

Der Zugang zur Pflegeausbildung wurde erleichtert und es gibt viele Fördermaßnahmen, glaubst du, dass das eine Lösung sein wird?

Nein, in der geplanten Form kann ich mir das nicht vorstellen. Für mich stellt sich die Reform der Pflegeausbildung dar, wie ein Herumrudern eines Ertrinkenden. Es können in allen vorhandenen oder geplanten Schulformen nur die drei Berufsbilder Pflegeassistent (PA), Pflegefachassistent (PFA) oder der gehobene Dienst für Gesundheits- und Krankenpflege erlernt werden. Die neue Pflegelehre z.B. dauert 3 oder 4 Jahre und man kann PA oder PFA werden. Die PA-Ausbildung in einer Krankenpflegeschule dauert aber nur ein Jahr und die PFA-Ausbildung zwei Jahre. Was geschieht in der restlichen Zeit der Lehre? Werden da die Lehrlinge als bessere Hilfsarbeiter eingesetzt? Ein vielleicht wirksamerer Ansatz wäre die bessere Bezahlung während der Ausbildung. Eine weitere Zersplitterung der Ausbildung macht nur den bereits bestehenden Pflegeschulen Konkurrenz. Dass man damit wirklich mehr junge Leute als bisher für den Pflegeberuf begeistern kann glaube ich nicht.

Man wirbt im Ausland um Pflegekräfte, wird das helfen?

Wahrscheinlich schon etwas, aber sicher nicht in dem Ausmaß, wie es sich die Politik wünscht. Ausländische Pflegekräfte kommen nicht aus Solidarität und Mitgefühl zu uns,

sondern weil sie Geld verdienen und vielleicht auch den schlechten Bedingungen in ihrer Heimat entfliehen wollen. Manche lassen dafür ihre Familie daheim zurück. Wir stehen in Konkurrenz mit anderen und viel größeren Staaten in Europa, da wird es wohl auch auf ein lockendes Angebot ankommen, um das vorhandene Potential auf dem Globus für uns ausschöpfen zu können. Wir hatten das schon einmal in den 70er und 80er Jahren vor der Jahrhundertwende und ich weiß, dass das auch große Probleme mit sich bringen kann. Insbesondere die Sprachbarriere bildet ein teils unüberwindliches Hindernis bei der Pflege von dementen Menschen. Wenn das allerdings nicht relevant ist, setzt man vielleicht wieder auf „satt und sauber“, was für mich einem Rückschritt in die Steinzeit der Pflege gleichkäme.

Du glaubst also, dass die Politik zu wenig tut?

Sie reagiert meiner Meinung nach viel zu spät, denn die wenigen positiven Maßnahmen, die jetzt gesetzt werden sollen, kommen Jahre zu spät und sind viel zu zaghafte. Zudem wirken sie panisch oder aktionistisch. Z. B. hat man es jetzt ermöglicht, dass Zivildienstler in Pflegeheimen körpernahe Pflegeleistungen durchführen dürfen. Das wird junge Männer möglicherweise abschrecken und ist aus meiner Sicht nur eine Maßnahme aus politischer Hilflosigkeit heraus und ein Ausnutzen der wehrpflichtigen Jugendlichen zur Aufrechterhaltung eines maroden Systems. Dass die Politik urplötzlich drauf kommt, die Bezahlung im Pflegeberuf zu verbessern, ist aus meiner Sicht auch nur der

„Marktlage“ geschuldet. Wenig Angebot und viel Nachfrage hat noch immer den Preis in die Höhe getrieben. Das Hauptgeschäft der Politiker in Sachen Pflege und Gesundheitswesen besteht wohl eher darin, dem anderen die Schuld zuzuweisen und den Kopf in den Sand zu stecken.

Du bist auch politisch für die Pflege tätig, warum?

Ich will mir später einmal nicht vorwerfen müssen, dass ich nur „gesudert“ habe, daneben aber untätig geblieben bin. Das ist leider eine Krankheit im Pflegeberuf. Ich war zum Amtsantritt unseres Gesundheitsministers Rauch im Ministerium und habe eine private Petition überreicht, in der viele wichtige Punkte angesprochen werden. Eine Resonanz darauf hat es nicht gegeben, ich habe das aber auch nicht erwartet. Ich bin auch im Diskurs mit Politikern aller Parteien und versuche die Anliegen der Pflege zu deponieren. Bei manchen mit mehr, bei anderen mit weniger Erfolg. Aber ich werde dran bleiben. Mir ist schon bewusst, dass es budgetäre Zwänge und politische Verpflichtungen gibt, aber trotzdem hoffe ich auf ein bisschen Vernunft bei den Entscheidungsträgern, denn Pflege geht uns schließlich alle etwas an, vom Säugling bis hin zum hochbetagten Menschen.

Was möchtest du den Menschen raten oder sagen?

Es müssen sich alle auf eine Veränderung einstellen. So wie wir es gewohnt waren, wird es nicht bleiben, bzw. ist es schon längst nicht mehr. Man muss sich auf Leistungseinschränkungen einstellen und frühzeitig darüber nachdenken, wie man seine eigene Pflege

haben möchte, sollte das irgendwann einmal nötig sein. Sprechen Sie in der Familie, mit Freunden und Bekannten frühzeitig darüber, schaffen Sie sich Netzwerke und informieren Sie sich beizeiten über die Möglichkeiten. Sorgen sie ggf. mit Vollmachten oder Verfügungen vor, solange es noch möglich ist. Ich bin mir sicher, dass es früher oder später eine Art der „Pflegeversicherung“ in Österreich geben wird, weil die Finanzierung schon jetzt auf sehr wackeligen Beinen steht. Machen Sie sich auch Gedanken darüber, wie sie selbst eine Finanzierung sicherstellen können und was mit ihrem Vermögen passiert, wenn sie pflegebedürftig werden sollten, bzw. wie sie es dann dafür verwenden können oder wollen, sodass nicht andere die Entscheidung treffen müssen.

Franz, du hast schon früher angeboten, Menschen kostenlos bzgl. Pflegeangelegenheiten zu beraten, wirst du das auch weiterhin machen?

Ich habe es schon gemacht und werde es auch weiterhin tun. Allerdings kann ich keine kostenlosen Pflegegutachten erstellen, sondern nur Ratschläge über Vorgehensweisen bzgl. der Schaffung und Erhaltung von Pflegesettings erteilen und Tipps in rechtlichen Angelegenheiten geben. Ich will, dass alle Mitmenschen zu ihrem Recht kommen und nicht nur einige Eingeweihte die es sich richten können.

Ich danke Dir für das interessante Gespräch und wünsche Dir und uns Pflegeberuflern alles Gute für die Zukunft. Insbesondere mehr Gehör bei den verantwortlichen Politikern, die letztlich auch dafür gewählt wurden, ein Gesundheitssystem zu erhalten, das für alle gleich gut ist.

Geheime Millionenerbschaft - die Fortsetzung



Um das Erbe von Dr. Roscher ist es in letzter Zeit ziemlich ruhig geworden.

Wir erinnern uns. Der Wiener Tierarzt Helmut Roscher hat sein Vermögen von über 3 Mio. Euro der notleidenden Bevölkerung von Neumarkt vererbt. Obwohl die Gemeinde schon lange über das Vermögen verfügen kann, gibt es bisher noch immer keine Beschlüsse für Unterstützungen oder Auszahlungen.

Fest steht, dass es sich um Vermögen der Allgemeinheit handelt und bis heute wird aus der Erbschaftssache ein Geheimnis gemacht. Noch immer finden Gemeinderatssitzungen dazu unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Mittlerweile sprechen wir von über zwei Jahren, seit BGM Maier nach Wien reiste, um die Erbschaft für die Gemeinde anzunehmen. Es besteht bis heute offensichtlich keine Eile dem Wunsch des Erblassers nachzukommen. Da darf die Frage "WARUM?" schon gestellt werden. Das alles sind für uns nicht nachvollziehbare Vorgänge!

Wir verlangen zwingend:

- > Respektieren des letzten Willen von Dr. Roscher, wie es testamentarisch festgelegt wurde.
- > Sofortige Umsetzung des letzten Willen von Dr. Roscher
- > Mündelsichere Veranlagung des gesamten Kapitals.
- > Schaffung einer paritätischen Kommission zur Vorbereitung von einstimmige Entscheidungen für die Gewährung von Unterstützungen.
- > Beschluss eines Kriterienkatalogs zur Gewährung von Unterstützungen
- > Keine Umschichtungen des geerbten Vermögens zum Stopfen von Budgetlöchern z.B. durch interne Ausleihungen.
- > Keine juristischen Winkelzüge zur Umgehung der Zweckbestimmung

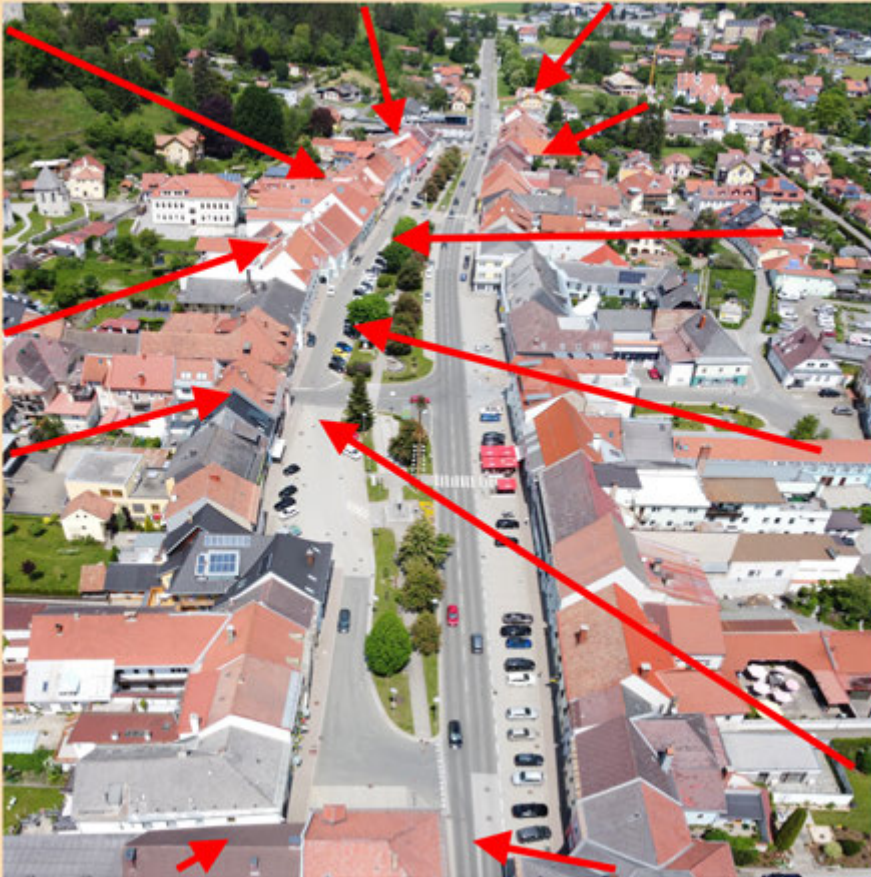
Der "Kesseltausch" auf dem Gemeindegrund schreitet voran



Wir sind weiterhin nicht davon überzeugt, dass es eine gute Idee war, den etwas aus den Fugen geratenen Kesseltausch, auf Gemeindegrund, direkt neben den Schulen und dem Kindergarten zu erlauben. Dadurch werden viele Allgmeinflächen, die vorher schon knapp bemessen waren, weiter eingeschränkt. Für alle, die sich ständig in der näheren Umgebung aufhalten müssen, hoffen wir, dass die Filteranlagen dann auch zukünftig immer gut funktionieren.



Negative Veränderungen im ehemals blühenden Markt



Ein trauriges Überbleibsel, das hoffentlich eine Ausnahme bleibt.

Das zweite regionale Nebenzentrum im Bezirk ist am Aussterben. Viele Geschäfte von einst existieren nicht mehr und Wohnungen am Hauptplatz stehen leer. Wer durch den Markt spaziert, wird viele einstmalige Geschäftsflächen entdecken, die nicht mehr als solche genutzt werden. Teils stehen sie dafür auch nicht mehr zur Verfügung.

Nicht einmal der Müll wird seit 2022 direkt von den Häusern abgeholt. Das ist für Hausverwaltungen von Mehrparteienhäusern und ältere Menschen ein enormes Problem. Eine Direktabholung wurde nicht einmal ausgeschrieben. Zunehmend mehr Immobilien werden zum Verkauf angeboten, die Preise sinken dementsprechend.

Wir hören immer wieder, dass die Stimmung so-

wohl wirtschaftlich gesehen, aber insbesondere in Hinblick auf die derzeitige Wirtschaftspolitik schlecht ist. Der Bürgermeister ist auch nicht Willens die Ortsbildschutzverordnung an die Anforderungen der heutigen Zeit anzupassen, stattdessen werden lieber Rechtstreitigkeiten mit Hausbesitzern geführt. Dafür hat er aber im "Gemeinde-Parteiblatt" wortreich über die Ursachen lamentiert. Die Kunden, die billiger und auf der mittlerweile zubetonierten Wiese einkaufen gehen. Die Hausbesitzer, die ihre Geschäftslokale lieber leer stehen lassen, bevor sie sie günstig vermieten und zudem den Verfall der ungenutzten Gebäude in Kauf nehmen.

Ob wir als politische Kraft mit dem Finger auf Missstände zeigen oder nicht, ent-

scheiden wir selbst. Eine Forderung unsererseits ist es, die politische Kultur in Neumarkt endlich zu ändern und damit auch die Stimmungslage zu verbessern. Wir orten viele Versäumnisse und mit Klagspolitik gegenüber innovativen und investitionsfreudigen Unternehmen wird es sich nicht verbessern. Der goldene Wirtschaftsboden, für den Neumarkt früher bekannt war, hat Risse. Hier trägt die Politik zur Verschlechterung der Situation bei! Das Errichten von bürokratischen Hürden und juristische Drohungen sind sicher keine Einladung. Sogar die geplante Einstellung des Neumarkter Euro trägt die Handschrift der Neumarkter Gemeindeführung, die aus unserer Sicht nicht förderlich für die Wirtschaft ist. Es ist einfach unfassbar!

Überdies sind wir nicht davon überzeugt, dass jene Politiker, die mit dem Finger auf die angeblich Schuldigen der Misere zeigen, selbst beim Einkaufen in Neumarkt als Vorbilder angesehen werden können.

MITTEINAND

... sind sie weiterhin davon überzeugt, dass Klagen gegen einen politischen Mitbewerber die beste Art des Dialogs darstellt. Das nennen sie dann "gegenseitiger Respekt und Wertschätzung, Verantwortung und Ehrlichkeit", wie es in einer amtlichen Aussendung geschrieben steht!

... sind sie davon überzeugt, zum Besten der Bevölkerung zu arbeiten, indem sie aber auch gegen andere Bürger rechtliche Geschütze auffahren!

... beschließen sie schon eine Klagemöglichkeit gegen einen redlichen Bürger, ohne vorher die Sachlage genau zu klären und danach eine Gesprächsbasis zu suchen.

... wollen uns Gemeindefunktionäre weiß machen, dass sie ihre Entschädigungen und Gehälter mit harter Arbeit für die Gemeinde verdienen, stellen aber selten Anträge zu ihren eigenen Themen aus den Ausschüssen im Gemeinderat!

... bilden sie eine inoffizielle Koalition aus SCHWARZ, ROT, BLAU und GRÜN. Abweichende Meinungen scheint es nicht einmal im oppositionellen Teil dieser "Gruppierung" zu geben!

... gibt es leider kaum Aussicht auf Veränderung des fragwürdigen MITTEINAND in der Neumarkter Gemeindepolitik!

... wäre es positiv für die Bevölkerung gewesen, wenn man den Anträgen von ZNN zur Gebührenbremse und zur Anpassung der Ortsbildschutzverordnung an die heutigen Anforderungen zugestimmt hätte. Heute sind das große Themen im Bund von Bundeskanzler Nehammer und Vizekanzler Kogler!

ZNN - Die Kraft der Vernunft

MITTEINAND

SCHAUT ANDERS AUS!

Politische und satirische Betrachtungen und Wahrnehmungen aus dem öffentlichen Leben in dieser Aussendung entsprechen den Grundsätzen der Meinungsfreiheit. Alle Bilder, Grafiken und Bildmontagen sind von ZNN erstellt, jegliche unerlaubte Verwendung ist untersagt.

Impressum: ZukunftNeuesNeumarkt, Wienerstraße 2, A-8820 Neumarkt, Email: info@znn.or.at, [facebook](https://www.facebook.com/znn.or.at) Bürgerliste Neumarkt (politisch unabhängig)